



Reinhard Oellerer, Lessingstr. 70 B, 85646 Anzing

Anzing, den 15. Juni 2016

An Herrn Landrat  
Robert Niedergesäß  
Eichthalstr. 5  
85560 Ebersberg

### **Antrag an den SFB, KSA und Kreistag bezgl. Unterbringung von Flüchtlingen**

Lieber Herr Landrat Niedergesäß,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, auf der nächsten Sitzung des SFB sowie des KSA und des Kreistags eine Information der Verwaltung und die Gelegenheit zur Aussprache zur Flüchtlingspolitik auf die Tagesordnung zu setzen.

Dabei soll insbesondere das Ansinnen der Staatsregierung, die Flüchtlinge vor allem in großen, zentralen Unterkünften unterzubringen, erörtert werden und die weitere Vorgehensweise des Landkreises Ebersberg besprochen werden.

### **Begründung**

Seit den letzten Sitzungen der Gremien hat sich die Situation grundlegend verändert.

- Der Zuzug nach Deutschland wurde auf administrativem Wege erheblich reduziert – mit schrecklichen Folgen für die Bootsflüchtlinge, von denen wieder Tausende die Flucht über das Mittelmeer mit ihrem Leben bezahlen.
- Die Übereinkunft der EU mit der Türkei hat zu beidem erheblich beigetragen. Sie kann jedoch angesichts der Friktionen im beiderseitigen Verhältnis jederzeit scheitern.
- Die Staatsregierung hat ihre Politik erneut geändert und setzt nunmehr wieder auf Massenunterkünfte, was die Betreuung und Integration erheblich erschwert. Dadurch wächst jedoch die Gefahr, dass bei einem erneuten Anwachsen der Flüchtlingszahlen

wieder zu wenig Plätze zur Verfügung stehen, weil die dezentralen Unterkünfte aufgelöst wurden.

- Gleichzeitig steigt die Zahl der anerkannten Flüchtlinge beinahe täglich, die mit Wohnungen versorgt werden müssen und einen Anspruch auf Spracherwerb, Ausbildung und Integration in den Arbeitsmarkt haben.

Unserer Meinung nach soll die Unterbringung in dezentralen Unterkünften nicht aufgegeben werden – sie ist ein Garant für Integration von Beginn an.

Da die Landkreise für die Unterbringung der Flüchtlinge zuständig sind, verwundert es schon, dass die Kommunen bei der Entscheidung der Staatsregierung nicht einbezogen wurden, obwohl es eine Zusage des Sozialministeriums gibt, dass die Planungen zu Neu- und Umbauten der Unterkünfte weiterhin in enger Abstimmung mit den Landkreisen und kreisfreien Städten erfolgen sollen.

Diesen Anspruch gilt es nun zu nutzen, und so soll sich der Landkreis auf Landesebene dafür einsetzen, dass Turnhallennutzungen und die Nutzung von Unterkünften mit unzureichender Qualität beendet werden und Asylbewerberinnen und Asylbewerber, die sich in dezentralen Unterkünften befinden, nicht in zentralen Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden.

Reinhard Oellerer  
Kreisrat

Waltraud Gruber  
Fraktionssprecherin